
Newsletter Juli/August 2023

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 5
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 7
Neu in der Bibliothek.....	S. 15
Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.....	S. 17
Bildnachweise und Impressum.....	S. 21

Liebe Freund*innen, liebe Unterstützer*innen und Interessierte,

vor wenigen Tagen wurde mit einem Festakt und einem vielfältigen Programm die räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums gefeiert. Nach den Sommerferien können neue Workshopräume für verschiedene Bildungsangebote – auch und insbesondere der ibs – genutzt werden. Über www.nsdok.de können für Schulklassen und andere Besucher*innengruppen verschiedene Lernräume gebucht werden:

Remote Island: Die Teilnehmenden tauchen ein in eine Spielwelt, die Lernen durch Erleben fördert und dazu herausfordert, sich zu gesellschaftlichen Fragen ins Verhältnis zu setzen. Nach einer globalen Apokalypse auf der Insel gestrandet, müssen sie in Kleingruppen unterschiedliche Aufgaben bewältigen. Dies geschieht in fünf Themenräumen: Schutz, Wohnen, Ernährung, Kultur und Arbeit. Durch spannende Challenges in den Räumen und durch anregende Entscheidungsfragen setzen sich die Teilnehmer*innen damit auseinander, wie ein Zusammenleben auf Remote Island organisiert werden kann. Im Inselrat diskutieren sie über ihre jeweiligen Ergebnisse und Positionen. Dabei erzielen sie gemeinsam ihre Entscheidungen zu den jeweiligen Themen und erstellen ihren eigenen Inselvertrag. In einer abschließenden Reflexionsphase werden die Erlebnisse und Erfahrungen aus dem Spiel mit den Lebenswelten der Teilnehmenden in Bezug gesetzt. Wie sehen sie ihre jeweilige Rolle als Einzelne und wie beschreiben sie die Entscheidungsprozesse in den Gruppen? Was lässt sich aus dem Spiel auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse übertragen und wie lassen sich diese dadurch hinterfragen? Und wo sehen die Teilnehmenden letztlich selbst Möglichkeiten zur Partizipation in ihrem

Alltag? Ziel des Spiels ist es, demokratische Prozesse erfahrbar zu machen, durch die aktiven Gruppen- und Reflexionsprozesse die Kritik- und Konfliktkompetenzen zu stärken und Jugendliche zur politischen Teilhabe anzuregen.

Das Junge Museum richtet sich an Kinder ab acht Jahren. Sie begegnen hier den beiden Lebensgeschichten des Kölner HJ-Funktionärs und überzeugten Wehrmachtssoldaten Edgar Gielsdorf und der als Jüdin verfolgten und aus Köln geflohenen Faye Cukier.

Anhand von Objekten, die für bestimmte Situationen und Episoden aus dem jeweiligen Leben stehen, erfahren die jungen Besucher*innen handlungsorientiert und auf erzählerische Weise mehr über die beiden Lebensgeschichten sowie die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Perspektiven im und auf das NS-Regime.

Das Erzählcafé ist ein Ort der selbstständigen Nachbereitung des Ausstellungsbesuches. Die Angebote knüpfen an die Inhalte der Ausstellung an, geben Anregungen, um sich mit der NS-Thematik weiter zu beschäftigen. Sie setzen Impulse zum Sprechen über die NS-Geschichte und darüber hinaus sowie zu den Inhalten der Ausstellung. „Cafés“ stehen für kommunikative Freiräume. Deswegen sind auch diese Räume offen zur freigestalteten Nutzung.

Ich bedanke mich bei allen, die an dieser Ausgabe mitgewirkt haben und hoffe, dass wir einige für Sie nützliche Informationen zusammenstellen konnten.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führungen im EL-DE-Haus im Juli und August 2023

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hinaus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

Führungen finden statt am 1., 6., 8. (englischsprachige Führung) und 16. (ukrainischsprachige Führung) Juli 2023 sowie am 3., 5., 6. (ukrainischsprachige Führung) und 12. (englischsprachige Führung) August 2023. Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Preise und Anmeldung unter www.nsdok.de



Vier Schicksale – zwei Orte: Täter und Opfer, Verfolgung und Verbrechen in Köln und Brauweiler

Führungen, Freitag, 7. Juli 2023 und Freitag, 25. August 2023, 15 Uhr, EL-DE-Haus



Das EL-DE-Haus in Köln und die ehemalige Arbeitsanstalt in Brauweiler – zwei Orte, die beide durch die Kölner Gestapo als Haftstätten genutzt wurden und insbesondere zum Kriegsende Orte der Verfolgung, von Verbrechen, Folter und Mord waren. Heinz Humbach, Teofila Turska, Ilse Neugebauer und Fritz Theilen – vier Lebensgeschichten, vier Verfolgungsgeschichten, die beide Orte verbinden.

Erfahren Sie in dieser Veranstaltung in Kooperation von EL-DE-Haus und LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler mehr über die Arbeit der Ge-

stapo in Köln und Brauweiler sowie die vier Biographien, die jeweils für eine Gruppe von Verfolgten stehen: für das Nationalkomitee Freies Deutschland und den Widerstand zum Kriegsende, für die Verfolgung der Zwangsarbeiter*innen, für das Schicksal jüdischer Menschen sowie für die Verfolgung unangepasster Jugendlicher.

Sie besuchen vor Ort die Gedenkstätte und Dauerausstellung im EL-DE-Haus. Anschließend gibt Dr. Markus Thulin, Gedenkstättenpädagoge in Brauweiler, online aus der dortigen Gedenkstätte zugeschaltet Einblicke in die Nutzung der ehemaligen Arbeitsanstalt Brauweiler.

Teilnahme: 6 Euro, zzgl. Eintritt

Anmeldung für den 7. Juli bis zum 02.07.2023 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42257&inst=14

Anmeldung für den 25. August bis zum 20.08.2023 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42258&inst=14

Das Junge Museum: Ein neues Angebot für Kinder im EL-DE-Haus

Samstag, 8. Juli 2023, 14 Uhr und Samstag, 12. August 2023, 14 Uhr, EL-DE-Haus



Das Junge Museum richtet sich an Kinder mit Begleitung. Machen Sie sich gemeinsam auf eine Reise in die Vergangenheit und lernen Sie objektorientiert und erzählerisch die beiden Lebensgeschichten des HJ-Funktionärs und überzeugten

Wehrmachtssoldaten Edgar Gielsdorf und der als jüdisch verfolgten und emigrierten Faye Cukier kennen. Verschiedene Episoden aus den Lebensgeschichten der Zeitzeug*innen machen

die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Perspektiven im und auf das NS-Regime deutlich.

Mit: Elke Stoll-Berberich

Für: Kinder ab 8 Jahren mit erwachsener Begleitung

Teilnahme: kostenlos, zzgl. Eintritt

Anmeldung für den 8. Juli bis zum 06.07.2023 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42960&inst=14

Anmeldung für den 12. August bis zum 10.08.2023 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42961&inst=14

Jugendleben und -erleben in Köln: Gruppen und ihre Identitäten in den Kölner Veedeln

Online-Exkursion, Dienstag, 18. Juli 2023, 18 Uhr

Besuchen Sie in dieser Online-Exkursion quer durch Köln die Stadtviertel zwischen Ehrenfeld und Rath, zwischen Nippes und Sülz. Erfahren Sie mehr über die Jugendkultur(en) in den verschiedenen Kölner Veedeln, über die Menschen, die Gruppen und ihre Identität(en).

Andrea Völcker stellt Ihnen in diesem multimedialen Stadtrundgang Zeitzeug*innen und ihre Geschichte(n) vor, die individuelle Einblicke in das Jugendleben von den 1920er bis in die 1940er-Jahre bieten – anhand derer aber auch die verschiedenen Gruppen von der dominierenden HJ bis hin zu den konfessionellen oder unange-

passten Jugendgruppen sowie ihre Verankerung und die Treffpunkte in ausgewählten Stadtvierteln erläutert werden.

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis 16.07.2023 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42252&inst=14



Jüdisches Leben in Köln – Rund um den Rathenauplatz

Exkursion, Sonntag, 30. Juli 2023, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Rundgang führt von der einstigen Gestapozentrale am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Verfolgen Sie die Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung.

Gregor Aaron Knapstein ist Mitglied der Jüdischen Libe-

ralen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums. Anhand von Gebäuden, Personen und ihren Geschichten erläutert er Ihnen die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Teilnahme: 6 Euro

Anmeldung bis 25.07.2023 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42279&inst=14

Geschichte begreifen im Kölner EL-DE-Haus

Führung für sehbehinderte und blinde Menschen, Freitag, 4. August 2023, 16 Uhr, EL-DE-Haus

Erfahren Sie während des Rundgangs durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mehr über die Geschichte des EL-DE-Hauses und die NS-Zeit in Köln – erstmals erzählt auf eine ganz neue Art und Weise: Anhand verschiedener Exponate wird die Vergangenheit tastend erfahrbar und die Geschichte im Wortsinne begriffen. Die Veranstaltung richtet sich an sehbehinderte und blinde Menschen, deren Bedürfnissen wir mit

diesem eigens für diese Zielgruppe entwickelten Format entsprechen möchten.

Teilnahme: kostenlos, zzgl. Eintritt

Anmeldung bis 31.07.2023 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42599&inst=14



UN|SICHTBARER TERROR. Orte rechter Gewalt in Deutschland

Ausstellung, 16. März – 13. August 2023, EL-DE-Haus



Rechte Gewalt hat die Bundesrepublik seit ihrer Gründung begleitet. Bis heute aber ist ihre Geschichte vor allem eine des Wegsehens, Ausblendens und Vergessens. Dabei war rechter Terror immer wieder unübersehbar.

Die dreisprachige Ausstellung (Deutsch, Englisch, Türkisch) zeigt, wie unterschiedlich sich rechte Gewalt in den letzten 70 Jahren äußerte und möchte einige von zahllosen Gewalttaten und ihre Opfer in Erinnerung rufen. Sie nähert sich der langen Geschichte rechten Terrors aus heutiger Perspektive: Die Begegnung mit meist unbekanntem Gewaltgeschichten erfolgt über Fotografien, auf denen Schauplätze vergangener rechter Übergriffe, Attentate und Morde zu sehen sind. Seit 2021 hat der Fotograf Mark Mühlhaus mehr als 30 Orte in ganz Deutschland mit der Kamera festgehalten, an denen rassistische oder antisemitische Taten von Rechtsterror-

ist*innen, Neonazis, Skinheads und gewaltbereiten Jugendlichen verübt wurden. Dies sind alltägliche Orte – öffentliche Plätze, Häuserzeilen, Landstraßen, Uferpromenaden oder Badeseen. In ihrer scheinbaren Normalität fordern die Fotografien die Besucher*innen heraus, sich mit den Orten und den damit verbundenen Geschichten rechten Terrors auseinanderzusetzen.

Die Begegnung mit den Fotografien wird begleitet von Hörstationen, die Überlebende und Betroffene zu Wort kommen lassen und Einblicke in die vielfältige Beschäftigung mit der ihnen widerfahrenen Gewalt geben. Analoge und digitale Angebote laden dazu ein, anderen über Postkarten oder Social Media von den Gewalttaten und Opfern zu erzählen und damit selbst dazu beizutragen, den bislang übersehenen Terror ein Stück sichtbar zu machen.

Ein eigener Ausstellungsbereich, der von Schüler*innen und Studierenden in Zusammenarbeit mit dem Projektteam erarbeitet wurde, vertieft mehrere in Köln verübte, wenig bekannte rechte Gewalttaten.

Öffentliche Führungen:

Donnerstag, 6. Juli 2023, 20 Uhr (Anmeldung bis 01.07.2023 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42155&inst=14)

Donnerstag, 3. August 2023, 19 Uhr (Anmeldung bis 31.07.2023 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=42156&inst=14)

Weitere Veranstaltungen

Sister Cities Stand Together - Pride Activists for Human Rights!

Diskussion, Donnerstag, 6. Juli 2023, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die VHS Köln, die Fachstelle LSBTI und das Büro für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln laden im Rahmen des Queer Visibility-Projekts „KO:IN Pride 2023“ zwischen Köln und Indianapolis und des ColognePride ein: „Aktivist*innen aus diversen Kölner Partnerstädten - u.a. Kattowitz (Polen), Indianapolis (USA), Cluj Napoca (Rumänien) - berichten über ihr Engagement und die aktuelle Menschenrechts-

lage für ihre queeren Communities. Wir freuen uns auf ihre Perspektiven und einen regen Austausch mit den Gästen. Im Anschluss laden wir zum kurzen Umtrunk, Kennenlernen und Vernetzen ein.“

Ort: Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Teilnahme: kostenfrei

Demokratiefest

Samstag, 12. August 2023, Köln-Innenstadt

Das Team der Kölner Partnerschaften für Demokratie lädt ein: „Auch in diesem Jahr werden wir als wieder unser Demokratiefest ausrichten! Sie sind herzlich dazu eingeladen mit uns am Samstag, den 12. August von 12:00 bis 17:00 Uhr im Innenhof der AWO Köln (Venloer Wall

15) zu feiern. Essen, Trinken, Musik, Kinderprogramm und Einblicke in unsere Arbeit und aktuellen Themen: Es erwartet Sie ein bunter Tag mit vielen verschiedenen Aktionen für Groß und Klein. Kommen Sie gerne (gemeinsam mit der Familie) einfach vorbei.“

Empowerment-Workshop

Freitag, 1. September 2023, Köln-Kalk

Die Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V. (LAG KJS NRW) lädt ein: „Die Jugendsozialarbeit/Kinder- und Jugendarbeit kann unterstützende Strukturen bieten, um damit einen Umgang zu finden. Dabei sind wir BIPOC und jüdische Fachkräfte wichtige Role-Models. Der Workshop bietet diesen Fachkräften einen geschütz(er)en und professionellen Raum, um in einen Erfahrungsaustausch zu empowernden individuellen als auch kollektiven Strategien im Umgang mit (eigenen) Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrungen zu kommen. Für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit & Kinder- und Jugendarbeit, die von Rassismus und/oder Antise-

mitismus betroffen sind.“

Referent*innen: Jinan Dib ist Soziolinguistin und Politische Bildungsreferentin im Kontext von Rassismuskritik und Empowerment sowohl in der Jugend- als auch Erwachsenenbildung.

Cem Yilidirim ist Bildungsreferent im Kontext sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Mehrfachdiskriminierung und Empowerment.

Ort: In-Haus e.V., Ottmar-Pohl-Platz 5, Köln

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung: per Mail bis zum 28.06.2023 an: christine.mueller@jugendsozialarbeit.info

Stimmen. Eine dokumentarische Erzählung

Theater, 20.-24. September 2023, Köln-Innenstadt

Das Junge Theater Köln lädt in Kooperation mit dem Rautenstrauch-Joest-Museum und dem Museumsdienst Köln ein: „*Unterschiedliche Stimmen, mal jung, mal älter, sind zu hören und unterschiedliche Sprachen erklingen. Elf Frauen im Alter von 12 bis 40 Jahren erzählen von Dingen, die nie ein Ende zu nehmen scheinen: Flucht, Vertreibung, Gewalt, Verlassenwerden und -sein und nicht zuletzt der Krieg.*

Grundlage für diese dokumentarische Theaterarbeit sind Interviews mit Menschen aus Deutschland und der Ukraine. Auf unterschiedliche Weise sind sie in ihrem Leben oder ihrem familiären Umfeld Flucht und Vertreibung, Krieg und Gewalt begegnet. In ‚Stimmen‘ kommen sie zu Wort.

Vier Räume des Rautenstrauch-Joest-Museums am Neumarkt bilden den Rahmen für diese vielschichtigen Erlebnisberichte. ‚Stimmen‘ dramatisiert die Erfahrungen von Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Teilen der Welt und vermittelt die Träume von Jugendlichen, ihre Wünsche, ihre Sorgen, ihre Hoffnungen. Dabei geht es gleichermaßen um Trauma, Verlust, die Suche nach Identität, Hoffnung und die Zukunft.



Das biennale Festival NEUES EUROPA findet vom 20. bis 24. September 2023 zum vierten Mal in Köln statt. Das Festival stellt – jeweils mit einem speziellen Blick nach Osteuropa – in jeder Ausgabe eine aktuelle Debatte in den Fokus: 2023 geht es um das Thema Angst. Zu sehen sind Gastspiele internationaler Ensembles sowie eigene Produktionen von Junges Theater Köln.“

Ort (für das Stück „Stimmen“): Rautenstrauch-Joest-Museum, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Weitere Infos und Tickets: <https://junges-theater-koeln.de/festival-neues-europa>

Antisemitismus erkennen, begegnen und vorbeugen

Fortbildung, ab dem 26. September 2023, Köln-Südstadt

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „*Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet, davon zeugen nicht nur zahlreiche Berichte Betroffener, sondern auch aktuelle Studien. In vielen antisemitischen Stereotypen und Weltbildern lassen sich jahrhundertealte, antijüdische Denkmuster erkennen. Um Antisemitismus etwas entgegenzusetzen, ist es erforderlich diese Kontinuitäten sichtbar zu machen.*

Hier setzt die Fortbildung an: Ausgehend von der Frage, was aktuellen Antisemitismus ausmacht, befassen wir uns mit seinen verschiedenen Erscheinungsformen wie israelbezogenem Antisemitismus, antisemitischen Verschwörungstheorien oder dem sogenannten Schuldabwehrantisemitismus. Die verschiedenen Spielarten des Antisemitismus betrachten wir in ihrer historischen Entstehung, Verbreitung und gegenwärtigen Wirkmacht. Ziel der Fortbildung ist

*es, die Teilnehmer*innen zu befähigen, Antisemitismus zukünftig sowohl als solchen zu identifizieren als auch gemeinsam antisemitismuskritische Strategien für Alltag und professionelle Arbeitskontexte zu entwickeln. Darüber hinaus werden wir verschiedene Materialien der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit vorstellen, die sich für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen eignen.“*

Die Fortbildung findet an folgenden Terminen statt:

26. und 27.09.2023 jeweils von 10 bis 17 Uhr
24. und 25.10.2023 jeweils von 10 bis 17 Uhr

Ort: Haus der Evangelischen Kirche, Kartäusergasse 9 – 11, 50678 Köln

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis zum 30. Juni 2023 unter: bildung@koelnische-gesellschaft.de

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Antisemitische Vorfälle in Köln 2022 Jahresbericht Meldestelle veröffentlicht



Im Jahr 2022 dokumentierte die Kölner Meldestelle insgesamt 83 antisemitische Vorfälle in Köln. Im Vergleich zum Vorjahr (55 Vorfälle) entspricht dies einem Anstieg von 50%. Die steigenden Zahlen sind zumindest teilweise auf den wachsenden Bekanntheitsgrad der Meldestelle innerhalb der Stadtgesellschaft zurückzuführen. Daniel Vymyslicky, Mitarbeiter der Meldestelle, erläutert: *„Nicht nur wurden zahlenmäßig deutlich mehr Vorfälle als im Vorjahr gemeldet, die verzeichneten Formen des Antisemitismus waren außerdem deutlich gewalttätiger.“*

In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Brandanschlag auf ein Gebäude der Synagogen-Gemeinde Köln am 11. Mai 2022 zu nennen, der einen Vorfall extremer Gewalt darstellt. Darüber hinaus wurden 2022 insgesamt drei Angriffe, zwei Bedrohungen, acht gezielte Sachbeschädigungen, vier Massenzuschriften und 65 Vorfälle der Kategorie verletzendes Verhalten dokumentiert (Definitionen und Beispiele finden sich im Jahresbericht).

Ob in Form von verbalen Anfeindungen oder körperlichen Übergriffen: In insgesamt 30 dokumentierten Fällen wurden im vergangenen Jahr Einzelpersonen in Köln antisemitisch angegangen. Dabei waren die Betroffenen in 27 von 30 Fällen jüdisch oder als solche adressiert (90%). Antisemitische Vorfälle gegenüber Einrichtungen wurden in 20 Fällen dokumentiert.

Mit Blick auf die Tatorte ereigneten sich die meisten Vorfälle mitten auf der Straße (24), wie

bereits im Vorjahr. Auch an Erinnerungsorten wurden 2022 zahlreiche antisemitische Vorfälle dokumentiert: Hier registrierte die Meldestelle einen deutlichen Anstieg – von sechs im Jahr 2021 auf 15 antisemitische Vorfälle im Jahr 2022. Klassifiziert werden die Vorfälle auch nach deren inhaltlicher Erscheinungsform. Am häufigsten wiesen die dokumentierten Vorfälle Bezüge zum sogenannten Othering (40 Vorfälle) auf, gefolgt vom Post-Schoa-Antisemitismus (30 Vorfälle), dem israelbezogenen Antisemitismus (28 Vorfälle) und dem modernen Antisemitismus (19 Vorfälle). Im Durchschnitt wurden 2022 sieben antisemitische Vorfälle im Monat gemeldet (2021: 4,5 Vorfälle im Monat). In Bezug auf die geografische Verteilung ereigneten sich mit zwei von drei Vorfällen die meisten dokumentierten Vorfälle im Bezirk Innenstadt.

Neben der Statistik und deren Auswertung widmet sich der Jahresbericht im Detail zwei ausgewählten Vorfällen:

- 1.) In Bezug auf den erwähnten Brandanschlag wird ein Einblick in den Verlauf des Gerichtsprozesses gegeben, an dem die Meldestelle teilgenommen hat und der nach sechs Verhandlungstagen am 20. Januar 2023 mit einem Urteilspruch endete.
- 2.) Nachdem ein junger Mann am 28. Oktober 2022 in der Schildergasse körperlich angegriffen wurde – nur, weil er eine Kippa trug – schildert er im Interview mit der Meldestelle seine persönliche Perspektive auf die erlittene Gewalttat.

Insgesamt soll der vorliegende Jahresbericht dazu dienen, auf lokaler Ebene über reale Vorfälle aus dem vergangenen Jahr zu informieren, für verschiedene Ausdrucks- und Erscheinungsformen von Antisemitismus zu sensibilisieren und die Perspektiven von Betroffenen in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken.

Der Jahresbericht zum Download unter:
https://antisemitismus-melden.koeln/wp-content/uploads/2023/05/Jahresbericht-2022_web.pdf

Konsequente Rechtsprechung sieht anders aus RIAS NRW veröffentlicht Fallstudie



RIAS NRW teilt mit:
„Am 30. Dezember 2019 verwüsteten zwei Neonazis den Jüdischen Friedhof in Geilenkirchen (Kreis Heinsberg). Noch in der Tatnacht wurden sie in unmittelbarer Nähe zum Friedhof verhaftet. Die im anschließenden Prozess ans Licht gekommene Beweislast erwies sich als erdrückend.

Dennoch fand sich in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft an keiner Stelle der Verweis auf Antisemitismus als mögliches Tatmotiv. Dass die Schändung eines jüdischen Friedhofs durch zwei polizeibekanntene Neonazis nicht als antisemitischer Akt, sondern lediglich als ‘Sachbeschädigung’ und ‘Störung der Totenruhe’ verfolgt werden sollte, stieß lokal auf breite Gegenwehr. Ebenso wurde der überaus schleppende Prozessverlauf kritisiert: Fast zwei und halb Jahre dauerte es, bis am 23. Juni 2022 ein Urteil durch das Amtsgericht Geilenkirchen gefällt werden konnte.

Im zweiten Teil der Fallstudie kommen einige im Prozess involvierte Akteur_innen und Expert_innen zu Wort. Auf eine juristische Einschätzung folgt die Perspektive eines Vertreters der Stadt Geilenkirchen, die als sogenannte Adhäsionsklägerin selbst aktiv im Prozess involviert war. Auch zwei Nachfahren von Jüdinnen_Juden, deren Grabsteine auf dem Friedhof geschändet wurden, schildern ihre Perspektive auf den Prozessverlauf.

Der letzte Teil der Fallstudie geht der Frage nach, welche Reformen innerhalb des nordrheinwestfälischen Justizwesens im Sinne einer effizienteren Verfolgung antisemitischer Hassverbrechen umgesetzt werden könnten. Dazu gehört etwa die Verankerung antisemitismuskritischer Fortbildungen für Polizei und Justiz sowie ein verbesserter Opferschutz. Inna Goudz, Geschäftsführerin des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.: ‘Im Fall der Friedhofsschändung in Geilenkirchen zeigt sich die gesamte Bandbreite der verschiedenen Perspektiven bei antisemitischen Angriffen: von der unsäglichen Tat, über die entschiedene und vorbildhafte Reaktion der Stadtverwaltung und das zögerliche Vorgehen der Justiz, hin zum starken Engagement der Stadtgesellschaft bei der Aufklärung. Der Einsatz der Geilenkirchener Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft war beispiellos und letztendlich für die Verurteilung der Täter entscheidend. Das zeigt: Die Bekämpfung von Antisemitismus gelingt nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die vorliegende Broschüre hat das Potenzial, eine Blaupause zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen für Verwaltungen und Engagierte zu werden.’

Mit der Veröffentlichung der Broschüre zielt RIAS NRW darauf ab, über Antisemitismus und dessen strafrechtliche Bekämpfung im Bundesland zu informieren, auf dabei bestehende Problematiken hinzuweisen und die Perspektiven von Betroffenen in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken.“

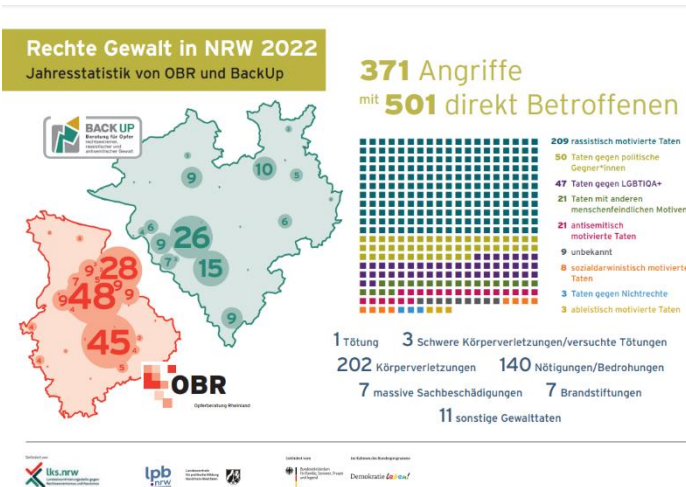
Die Broschüre zum Download unter:
<https://report-antisemitism.de/riasnrw/>

Erneute Zunahme rechter Gewalt in NRW Jahresbilanz der Opferberatungsstellen zu rechten Angriffen 2022

OBR und BackUp teilen mit: „Die Fachberatungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in NRW verzeichnen erneut eine Zunahme rechter Angriffe. Insgesamt erfassten OBR und BackUp 371 Fälle rechter Gewalt mit mindestens 501 direkt betroffenen Personen. Zahlreiche darüber hinaus ermittelte Verdachtsfälle konnten aufgrund fehlender Informationen nicht in die Statistik mit

einfließen. Die diese noch übersteigende Dunkelziffer rechtsmotivierter Gewalt schätzen die Fachberatungsstellen als sehr hoch ein.

Für das Jahr 2021 registrierten OBR und Backup insgesamt 158 Körperverletzungsdelikte (eine versuchte Tötung, 69 gefährliche Körperverletzungen, 88 einfache Körperverletzungen). Im Jahr 2022 sind diese bereits alarmierenden Zahlen erneut gestiegen: Insgesamt erfassten



Die Zahl der Angriffe gegen politische Gegner*innen (bzw. Menschen, die als solche gelesen werden), hat seit 2019 erstmalig wieder zugenommen. Betroffene Personen wurden dabei häufig Opfer von Bedrohungen und/oder Nötigungen seitens der organisierten Rechten. In mehreren Fällen sind wiederholte Bedrohungen bekannt.

„Bedrohungen im Wohnumfeld oder die Androhung von Gewalt führen zum Verlust von sicheren Rückzugsräumen für Betroffene. Dabei handelt es sich um organisierte Strategien, Betroffene und ihre Stimmen aus dem gesellschaftlichen Diskurs zu verdrängen. Um rechter Gewalt und menschenverachtenden Einstellungen wirksam zu begegnen, braucht es Solidarisierungsprozesse durch Zivilgesellschaft und politische Verantwortungsträger*innen. Die Stimmen der Betroffenen müssen stärker Gehör finden.“ (Fabian Reeker, Leitung der Opferberatung Rheinland)

die Fachberatungsstellen 205 Körperverletzungsdelikte. Dabei handelt es sich um drei versuchte Tötungen/schwere Körperverletzungen, 74 gefährliche und 128 einfache Körperverletzungen.

„Der vereitelte rechtsterroristische Anschlag auf das Don-Bosco Gymnasium und die Realschule Borbecker Schloss in Essen, die Schüsse auf das frühere Rabbinerhaus an der alten Synagoge in Essen, der Molotow-Cocktail-Angriff auf die Hildegardis-Schule in Bochum in derselben Nacht, der geplante Brandanschlag auf die Synagoge in Dortmund – diese Fällen zeigen die mörderische Dimension rechter Ideologie. Sie zeigen eine reale Gefahr auf – und haben damit das Potential, das Sicherheitsempfinden und die Sicherheit ganzer Gruppen und Gemeinden massiv zu schädigen.“ (Magdalena Lentsch, BackUp)

Wie bereits in den Vorjahren bleibt Rassismus in der Auswertung von OBR und BackUp das am häufigsten festgestellte Tatmotiv. Die Fachberatungsstellen weisen nachdrücklich darauf hin: Rassismus muss als gesamtgesellschaftliches Problem anerkannt werden. Rassistische Angriffe werden keinesfalls nur durch organisierte Täter*innen verübt sondern sind schmerzhaft Alltagsrealität von betroffenen Personen.

Die Fachberatungsstellen werten die Tötung von Malte C. am 27.08.2022 auf dem CSD in Münster als queerfeindlich motiviert und stellen sich parteilich und solidarisch hinter Akteur*innen der LGBTQIA+ Community. OBR und BackUp kritisieren insgesamt die mangelnde Anerkennung rechter Tatmotivation seitens Ermittlungs- und Justizbehörden. Rechte Gewalt, ihr Ausmaß sowie ihre Folgen für Betroffene werden damit unsichtbar gemacht und verharmlost.

„Nach wie vor beobachten wir, dass längst nicht alle Facetten menschenfeindlicher Einstellungen Eingang in die Praxis der Ermittlungsbehörden finden. Die Erfassung von Hasskriminalität muss weiter geschärft und konsequent angewandt werden, um realistischere Lagebilder rechter Gewalt abbilden zu können.“ (Niklas Weitekamp, Opferberatung Rheinland)

Hintergrundpapier zum Monitoring 2022 der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt in NRW unter:

<https://www.opferberatung-rheinland.de>

Neuer Höchststand politisch motivierter Kriminalität Meiste Gewaltopfer durch rechtsmotivierte Straftaten

Das Bundesministerium des Inneren und für Heimat teilt mit: „Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2022 erneut deutlich um über sieben Prozent auf 58.916 Delikte angestiegen. Damit befindet sich die politisch motivierte Kriminalität (PMK) auf dem höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001. Auch die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten ist um vier Prozent auf 4.043 Delikte angestiegen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser: ‚Wir müssen unsere Demokratie mit aller Kraft verteidigen – gegen innere genauso wie gegen äußere Bedrohungen. Die politisch motivierte Kriminalität ist ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Konflikte in unserem Land. Der Jahresanfang 2022 war noch geprägt von der Corona-Pandemie. Seither spüren wir die tiefgreifenden Auswirkungen von Putins verbrecherischem Krieg gegen die Ukraine auch in unserer Gesellschaft. Besondere Sorge macht mir, dass Angriffe auf Geflüchtete stark zugenommen haben. Es ist in höchstem Maße menschenverachtend, Menschen zu attackieren, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror gefunden haben. Das zeigt: Vom Rechtsextremismus geht nach wie vor eine besonders hohe Gefahr aus.‘ [...]

24.080 Straftaten entfallen aufgrund ihrer diffusen ideologischen Motivation auf den Phänomenbereich ‚PMK nicht zuzuordnen‘ (seit 1. Januar 2022: ‚PMK sonstige Zuordnung‘), der nach einem Anstieg um 13 Prozent damit den aufkommensstärksten Bereich bildet. Ein wesentlicher Teil dieser Straftaten steht im Zusammenhang mit den Protesten gegen Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie (13.988 Straftaten).

Die zweitmeisten politisch motivierten Straftaten wurden im Jahr 2022 im Phänomenbereich ‚PMK rechts‘ begangen. Nach einem Rückgang im Jahr 2021 sind die Fallzahlen um rund sieben Prozent auf 23.493 Straftaten angestiegen. Auch bei den Gewalttaten wurde ein Anstieg um rund 12 Prozent auf 1.170 registriert. Im vergangenen Jahr wurden 41 Prozent der insgesamt erfassten Opfer von Gewalttaten von rechtsmotivierten Tätern verletzt. Das bestätigt erneut, was für eine große Bedrohung von Rechtsextremisten ausgeht.

Im vergangenen Jahr haben auch die Straftaten gegen Geflüchtete wieder zugenommen. Die Polizeibehörden registrierten 1.420 Straftaten gegen Schutzsuchende – das entspricht

einem Anstieg um neun Prozent. Die Zahl der Gewaltdelikte ist um 22 Prozent auf 278 gestiegen. Auch Asylunterkünfte werden immer häufiger zum Ziel von Straftaten, hier ist gegenüber 2021 ein Anstieg um 67 Prozent auf 120 Fälle zu beobachten.

Die antisemitischen Straftaten sind im Jahr 2022 um 12,75 Prozent auf 2.641 Taten (2021: 3.027 Taten) zurückgegangen. Dies ist wegen des Höchststands im Jahr 2021 und der hohen Zahl von 88 Gewaltdelikten (2021: 64 Gewaltdelikte) kein Grund zur Entwarnung. Der weit überwiegende Anteil der Taten von ca. 84 Prozent der antisemitischen Taten sind der politisch rechts motivierten Kriminalität zuzurechnen. Zugleich sind Taten durch islamistisch geprägten Antisemitismus zu beobachten.

Im Themenfeld ‚Reichsbürger/Selbstverwalter‘ sind die Fallzahlen erheblich auf 1.865 Straftaten angestiegen. Dies entspricht einer Zunahme um rund 39,7 Prozent. Die Zahl der Gewalttaten hat sich um rund 40 Prozent auf 333 Delikte erhöht. Die Landesbehörden haben zwischen 2016 und dem Ende des vergangenen Jahres 1.100 waffenrechtliche Erlaubnisse von ‚Reichsbürgern‘ und ‚Selbstverwaltern‘ entzogen.

Im Bereich der Hasskriminalität hat sich eine deutliche Zunahme um rund zehn Prozent auf 11.520 gezeigt. Drei von vier dieser Straftaten sind dem Bereich ‚PMK rechts‘ zuzuordnen. Die Zahl der Gewalttaten ist noch deutlicher um 33 Prozent auf nun 1.421 gestiegen. [...] Im Themenfeld ‚frauenfeindlich‘ wurden 206 Delikte an das Bundeskriminalamt gemeldet, im Themenfeld ‚geschlechtsbezogene Diversität‘ waren es 417. Die Themenfelder wurden im vergangenen Jahr neu geschaffen, um die Phänomene besser erfassen zu können, vorher wurde übergreifend das Themenfeld ‚Geschlecht/Sexuelle Identität‘ genutzt. Bei den Gewaltdelikten wurde ein Zuwachs um 42,5 Prozent registriert. Im Themenfeld ‚sexuelle Orientierung‘, in dem homophobe Straftaten erfasst werden, sind die Fallzahlen um rund 15 Prozent auf 1.005 Delikte angestiegen. Bei diesen Themenfeldern ist jedoch von einer besonders hohen Dunkelziffer auszugehen.“

[Anmerkung der Redaktion: Die Phänomenbereiche, die das Tätigkeitsfeld der IBS nicht abdecken, wurden aus der PM gekürzt. Die Kürzungen wurden kenntlich gemacht.]

Extrem rechte und rassistische Gewalt Reflexionspapier für die Praxis der Bildungs- und Beratungsarbeit

Die TH Köln teilt mit: „*Extrem rechte und rassistische Gewalt gehören zum Alltag von rassistisch vulnerablen Personen. Das Forschungsprojekt „amal – Auswirkungen rechtsextremer und rassistischer Gewalt auf das Alltagsleben von Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC in NRW“ hat es sich zum Ziel gesetzt, die Formen und Auswirkungen extrem rechter und rassistischer Gewalt sowie Handlungs- und Bewältigungsmuster von gewaltbetroffenen Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC herauszuarbeiten und zu analysieren, welchen Umgang mit Gewalt Institutionen bisher entwickelt haben. Als Beitrag zur Theorie-Praxisdiskussion und –entwicklung wurde nun ein Policy Paper veröffentlicht, das zentrale Forschungsergebnisse für die Praxisentwicklung der Bildungs- und Beratungsarbeit anwendet.*

Die empirischen Erkenntnisse von amal verdeutlichen die Massivität und Bedeutung von rassistischer und extrem rechter Gewalt für Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC. Ausgehend von diesen Befunden ermöglicht es dieses Policy Paper basierend auf den Erkenntnissen des Forschungsprojektes, Anregungen für die Praxis abzuleiten. Das Policy Paper folgt dabei zwei für das gesamte Projekt handlungsleitenden Fragestellungen, die bereits in der Antragsphase als Teil der erkenntnisleitenden Fragen formuliert wurden:

- *Wie können die Erfahrungen, Auswirkungen und Bedarfe von Betroffenen rechtsextremer und rassistischer Gewalt noch bedarfsgerechter in Beratungs- und Bildungskontexten berücksichtigt werden? Welche bisherigen Handlungsstrategien haben Multiplikator*innen in Institutio-*

nen, und in welcher Form könnten diese erweitert werden?

- *Wie können die Ressourcen von Akteur*innen wie etwa Migrant*innenorganisationen stärker berücksichtigt werden?*

*Ziel des vorliegenden Policy Papers ist es demzufolge, Ansatzpunkte zur angemessenen Berücksichtigung von Bedarfen von Betroffenen rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Bildungs- und Beratungskontexten herauszuarbeiten und damit einen Beitrag zum Transfer der Forschungsergebnisse in die institutionelle Praxis zu leisten. Das Policy Paper ist dergestalt konzipiert, dass es als Reflexionspapier für die Praxis entworfen wurde. Es ist theorie- und empiriegeleitet entstanden und stützt sich auf die zentralen Forschungsergebnisse. Entwickelt wurde das Policy Paper u.a. im Rahmen eines Abschlussworkshops des Projektes amal, an dem Vertreter*innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern und -kontexten teilnahmen und ihre Perspektiven auf Praxisentwicklung und Bedarfe mit dem Forschungsteam diskutierten. Das Policy Paper kann somit für sich gelesen und als Arbeitsinstrument genutzt werden. Wir empfehlen jedoch, zur Kontextualisierung und einem vertieften Verständnis die komplementären Projektpublikationen (Farrokhzad/Jagusch 2022; Farrokhzad et. al. 2023; Farrokhzad/Jagusch 2024 i. E.) heranzuziehen.“*

Das Policy Paper von Schahrzad Farrokhzad und Birgit Jagusch zum Download:

https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/aktuell/nachrichten/f01/amal_policy_paper_reflexionsfragen_praxis.pdf

GEGENRECHTSSCHUTZ

Unterstützung bei rechten Angriffen

Das Portal „FragDenStaat“ teilt mit: „*Der Gegenrechtsschutz ist Infrastruktur gegen rechte Angriffe auf die Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit. Das Projekt verteidigt Menschen gegen zivilrechtliche Ansprüche von rechts, vor allem wenn es um wissenschaftliche Forschungsergebnisse, journalistische Berichterstattung und Meinungsäußerungen, die künstlerische sowie aktivistische Auseinandersetzung mit Rechten geht.*

Wer von rechts abgemahnt oder verklagt wird - sei es wegen eines Artikels, eines Tweets oder eines Theaterstücks - kann sich an den Gegenrechtsschutz wenden.

*Wir beraten schnell, unkompliziert und kostenlos und verweisen an Expert*innen aus unserem Netzwerk. Wenn nötig, können wir auch zivilrechtliche Verteidigung organisieren, vernetzen und finanzieren:*



Das Projekt ist gemeinnützig und spendenfinanziert. Ein zivilgesellschaftlicher Beirat stellt sicher, dass die Ziele des Projekts eingehalten werden. Er besteht aus Heike Kleffner (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), Bianca

Klose (Bundesverband Mobile Beratung), Joschka Selinger (Gesellschaft für Freiheitsrechte), Lisa Kretschmer (Reporter ohne Grenzen), Prof. Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf), Nora Sdun (Verlegerin Textem Verlag) sowie Elena Kountidou (Neue Deutsche Medienmacher).

Wir stehen in ständigem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und freuen uns über Hinweise auf mögliche Fälle, in denen wir unterstützen können.“

Weitere Infos unter:

<https://fragdenstaat.de/gegenrechts/>

WE CAN SPEAK

Mitmachen beim Bildungsprojekt des Flüchtlingsrates

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. teilt mit: „In unserem Projekt **WE CAN SPEAK – Lasst uns reden!** werden junge Menschen mit eigener oder familiärer Flucht- oder Migrationsgeschichte zu Bildungsreferent*innen qualifiziert. Im Anschluss arbeiten sie nach einer Hospitationsphase mit jungen Menschen an Schulen unter anderem zu diesen Themen:

Flucht – Was bedeutet es, auf der Flucht zu sein und in Deutschland anzukommen?

Diskriminierung und Rassismus – Was können wir gegen Vorurteile tun?

Demokratie – Wie können wir Lösungen für gesellschaftliche Konflikte finden und alle mit einbeziehen?

Wir wollen mit dem Projekt erreichen, dass nicht immer nur andere darüber sprechen, was Flucht ist, welche Rechte Geflüchtete haben sollten und was sie erleben. Sondern dass auch Men-

schen mit persönlicher Erfahrung die Möglichkeit haben zu Wort zu kommen, ihre Sicht einbringen und mitsprechen können. Begleitet werden die Teilnehmenden neben den Projektleiterinnen auch von einer Empowermenttrainerin.

Gerade für Jugendliche in der Schule ist es wichtig, sich rechtzeitig mit ihren eigenen Vorurteilen zu beschäftigen und etwas darüber zu erfahren, wie sie sich solidarisch und demokratisch verhalten können. Diejenigen, die selbst von Ausgrenzung und Rassismus betroffen sind, sollen wiederum gezielt empowert werden. Außerdem erhalten die Jugendlichen unmittelbar Vorbilder, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Aufklärung einsetzen. Die Tätigkeit als Bildungsreferent*in wird vergütet.“

Rückfragen und weiter Infos unter:

westermann@koelner-fluechtlingsrat.de und thoms@koelner-fluechtlingsrat.de

Aktiv für Demokratie und Toleranz Bundesweiter Wettbewerb



Die Bundeszentrale für politische Bildung teilt mit: „Für den Wettbewerb werden wieder erfolgreiche übertragbare zivilgesellschaftliche Projekte für eine lebendige und demokratische Gesellschaft gesucht! Den Preistragenden winken Geldpreise von bis

zu 10.000 Euro und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Mit der Auszeichnung werden die Preistragenden Teil des stetig wachsenden Aktiv-Netzwerks und können somit von Qualifizierungsangeboten und Erfahrungsaustausch profitieren.“

Bewerbungen sind ab sofort über das Online-Formular möglich:

www.bpb.de/aktiv

Ihr fragt – wir antworten Sprechstunde am Mittag für MSO



Das Multikulturelle Forum teilt mit: „Ein Verein ermöglicht uns, gemeinsamen Interessen nachzugehen und zusammen mit anderen einen guten Zweck zu verfolgen. Doch einen Ver-

ein zu gründen, ihn zu organisieren oder ein Vereinsamt zu übernehmen erfordert Zeit und

bringt manchmal auch unliebsame Arbeit und viele Fragen mit sich.

In unserer offenen Sprechstunde können wir eure Fragen unkompliziert, ohne vorherige Anmeldung und Wartezeit beantworten und euch über aktuelle Förderaufrufe, Veranstaltungen, Seminare informieren. Hier unsere Termine für das Jahr 2023: 25.07., 29.08., 26.09., 31.10., 28.11., 19.12., jeweils von 12-13 Uhr.“

Mit dem Link könnt ihr euch einloggen:
<https://us06web.zoom.us/j/89257475386>

Die Cellistin von Auschwitz Mobile Ausstellung für junge Menschen von 8 bis 12 Jahren

Kultur im Westen e.V. teilt mit: „Kindern die NS-Zeit näherbringen – wie geht das? Bereits früh erfahren Kinder Dinge aus der NS-Zeit – zumeist bruchstückhaft, oft verzerrt und ohne persönlichen Zugang. Doch es ist wichtig, sie zeitig an das Thema heranzuführen und nicht bis zum Beginn des Geschichtsunterrichts in der 9. Klasse zu warten. Auch mit Blick auf das Einstiegsalter in die rechtsradikale Szene mit 13 bis 15 Jahren ist frühe Aufklärung unerlässlich!

Die bewegende Geschichte der jüdischen Deutschen Anita Lasker-Walfisch, die dank ihres Cello-Spiels die Konzentrationslager der Nazis überlebt hat, ruft nicht nur bei Kindern hohe emotionale Beteiligung und Identifikation hervor. Mitgefühl wiederum lässt ehrliches Interesse entstehen.

Mit mobilen Schautafeln erzählen wir Anitas Geschichte, kindgerecht in Wort und Bild. Die Ausstellung ermöglicht einen guten Einstieg in Diskussionen rund um die NS-Diktatur. Sie vermittelt die packende Geschichte der entschlossenen Musikerin anschaulich durch großformatige

Tafeln mit kurzen Texten und künstlerisch anspruchsvollen Illustrationen. Die Tafeln können frei im Raum platziert werden und ermöglichen so eine große Flexibilität der Präsentation.

Basisversion: 12 Tafeln, plus Erklärkarten für vertiefende Informationen (geeignet für Schulen und Bildungseinrichtungen)

Gesamtversion: 19 Tafeln inkl. zwei Medienstationen (gut geeignet für Museen, Gedenkstätten, Vereine, Kirchengemeinden inklusive)“

Fragen zu Ausstellung und Begleitveranstaltungen:

Barbara Kirschbaum, Tel.: 0151 569 662 04
Georg Bungarten, Tel.: 0179 914 91 98
post@cellistin-von-auschwitz.de
www.cellistin-von-auschwitz.de



Mevlüde-Genç-Medaille des Landes Nordrhein-Westfalen IDA-NRW wird ausgezeichnet



Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW teilt mit: „Die Gründung von IDA-NRW im Jahr 1994 war eine Reaktion auf den mörderischen und rassistischen Anschlag in Solingen vor 30 Jahren. Aus dem damals auf drei Jahre angedachten Projekt ist mittlerweile eine landesweit anerkannte Fachstelle zu Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Rechtsextremismus geworden.

Wir sehen in der Auszeichnung die Anerkennung und Wertschätzung unserer jahrzehntelangen Arbeit. Es ist keine einfache Arbeit. In der Präventionsarbeit geht es um ein grundsätzliches Hinterfragen eigener rassistischer Einstellungen und Verhaltensweisen, die Notwendigkeit zu verstehen, wie Rassismus in der Gesellschaft wirkt und was dieser mit Betroffenen im Alltag macht. Das passiert nicht von heute auf morgen, es ist ein Prozess, an dem wir dranbleiben müssen. Das ist unser Verständnis von Bildungsarbeit: Räume schaffen für Selbstreflexion und die Möglichkeit eröffnen, etwas zu verändern.

Bis heute sind rassistische, antisemitische und rechte Einstellungen und Gewalt in der Gesellschaft weit verbreitet. Die Jahresbilanz der Fachberatungsstellen verzeichnen erneut eine

Zunahme rechter Angriffe, Rassismus ist weiterhin häufigstes Tatmotiv – Angriffe auf politische Gegner*innen nehmen wieder zu und Körperverletzungsdelikte sind weiter auf Höchststand – das Ausmaß von Gewalt ist alarmierend. Angesichts der großen aktuellen Herausforderungen und Virulenz von Rassismus und Rechtsextremismus ist diese Wertschätzung für uns als Fachstelle nicht nur besonders wichtig, sondern insbesondere für Betroffene und Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt systemrelevant für eine demokratische und postmigrantische Gesellschaft. Eine funktionierende Demokratie misst sich daran, wie sie mit vulnerablen Gruppen sowie Minderheiten umgeht und sie schützt.

Seit Aufdeckung der Morde des sogenannten NSU sowie den Anschlügen in Hanau und Halle gewinnt auch institutioneller und struktureller Rassismus im gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland mehr an Bedeutung. Im Mittelpunkt der Diskussion steht häufig das behördliche Versagen von Polizei und Sicherheitsbehörden bei der Verhinderung rechter und rassistischer Gewalt und Terror. Doch auch in der Bildungsarbeit muss der Blick auf die Strukturen und Rahmenbedingungen in den eigenen Institutionen und Organisationen gerichtet werden. Politische Bildungsarbeit ist immens wichtig für die Gesellschaft und kann ohne eine nachhaltige Regelförderung und personelle Ressourcen nicht nachhaltig gesellschaftlich Wirkung entfalten. Es geht in der rassismuskritischen Präventionsarbeit nicht nur um diskursive Auseinandersetzungen, sondern auch um das proaktive Handeln und den Abbau diskriminierender Einstellungen und Verhaltensweisen.“

Die ibs gratuliert den Kolleg*innen von IDA NRW ganz herzlich zur Auszeichnung.

Neu in der Bibliothek

Verfolgt und nicht vergessen



Der Metropol-Verlag teilt mit: „Vertrieben, deportiert, ermordet – der Künstler Gunter Demnig erinnert mit seinen „Stolpersteinen“ an Menschen, die dem Terror der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind. Einige exemplarische Lebenswege, die alle mit Kölner Stolpersteinen verbunden sind, versammelt der vorliegende

Band. Es sind Geschichten gegen das Vergessen. Sie bieten einen intensiven Einblick in die Verfolgung in der NS-Zeit, die so oder sehr ähnlich in ganz Deutschland zwischen 1933 und 1945 stattgefunden hat.“

Petra Pluwatsch: Verfolgt und nicht vergessen. Geschichten hinter den Stolpersteinen
Kleine Reihe des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Band 3
Metropol Verlag, Berlin 2023
250 Seiten, 22 Euro
ISBN: 978-3-86331-705-8

Jüdische Schülerinnen und Schüler an Kölner Gymnasien

Der Metropol-Verlag teilt mit: „Im Schuljahr 1932/33 besuchten etwa 700 jüdische Schülerinnen und Schüler höhere Schulen in Köln. Sie waren seit langem ein fester Bestandteil in den verschiedenen Lyzeen und Gymnasien der Stadt und gut integriert. Mit der NS-Diktatur begann für sie alle eine Zeit von Entrechtung, Ausschluss und Verfolgung. Die Texte dieses Buches schildern die schulische Situation für Jüdinnen und Juden vor und nach 1933. Sie beschreiben die Schulzeit konkret am Beispiel von vier höheren Schulen Kölns und erzählen exemplarisch die Lebensgeschichten von 25 Jungen und Mädchen.

Einige Kölner Gymnasien wie das Deutzer Gymnasium Schaurtestraße und die Königin-Luise-Schule beschäftigen sich intensiv mit der Geschichte ihrer jüdischen Schülerinnen und Schüler. Im Rahmen von historischen Projekten werden Lebensläufe erforscht und dokumentiert und

an die Schulzeit und die Verfolgung in unterschiedlicher Form erinnert. Auch der Lern- und Gedenkort Jawne ist ein Teil dieser Erinnerungskultur.“

Dirk Erkelenz / Thomas Kahl (Hrsg.): Jüdische Schülerinnen und Schüler an Kölner Gymnasien. Ihre Geschichte(n) zwischen Integration, Ausgrenzung und Verfolgung
Veröffentlichungen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Band 6
Metropol Verlag,
Berlin 2023
304 Seiten, 24 Euro
ISBN: 978-3-86331-703-4



Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik



Der Springer-Verlag teilt mit: „Die politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit für rechtsterroristische Gewalt hat nach Bekanntwerden der Morde des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) zugenommen. Zugleich ist die lange Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland im Detail und unter Auswertung zeitgenössischer Archivalien und Dokumente noch weitgehend unerforscht. Der

Band versammelt entsprechend aktuelle Forschungsergebnisse zu rechtsterroristischer Gewalt in den 1980er Jahren, einer Hochphase dieser Gewaltpraxis.“

Inhaltsverzeichnis:

Zur Einführung: Hendrik Puls und Fabian Virchow

Das Oktoberfestattentat 1980–2020: Tat, Täter, Opfer, Ermittler. – Von der Vertuschung und Verdrängung zum Versuch der Aufklärung und der Wahrnehmung des Leids der Opfer: Ulrich Chaussy

Der Erlanger Doppelmord als rechtsterroristische Tat: Uffa Jensen

„Terrorismus ist die einzige Hoffnung für Deutschland!“ - Die ‚Deutschen Aktionsgruppen‘: Florian Schubert

Die politische Einbettung rechtsterroristischer Einzeltäter – zwei Fallbeispiele aus den 1980er Jahren: Hendrik Puls

Die „Abkehr vom Hitlerismus“ als Neupositionierung einer bewaffneten antiimperialistischen Avantgarde?: Robert Wolff

„Feuer und Eisen“: Moral und Rechtsterrorismus in den 1970er und 1980er Jahren in Italien und Deutschland: Thomas Porena und Eike Sanders
Exilkroatische Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland als transnationaler Rechtsterrorismus: Fabian Virchow

„Spinner und Agenten“ – Strategisches Framing des rechtsextremen Milieus im Zusammenhang mit rechtsterroristischen Straftaten am Beispiel der ‚Deutschen National-Zeitung‘: Darius Mutschiol

Rechtsterrorismus, rechtsradikale Gewalt und die historischen Erzählungen über die Bundesrepublik: Barbara Manthe

Hendrik Puls / Fabian Virchow (Hg.): Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven

Springer VS, Wiesbaden 2023

252 Seiten, 64,99 Euro

ISBN 978-3-658-40504-5

Rassistische, antisemitische und extrem rechte Vorkommnisse in Köln und im Kölner Umland

Extrem rechte Allianzen

Im letzten Newsletter haben wir über die Aktivitäten extrem rechter Putin-Anhänger*innen und ihrer geschichtspolitischen Vereinnahmungsvorlesung berichtet. Hier nun die Auswertung der Aktivitäten am 6. Mai 2023, u.a. vor dem EL-DE-Haus: Schon vormittags versammelten sich etwa 400 Menschen in Leverkusen, die dem Unterstützer*innenkreis Elena Kolbasnikovas und Max Schlunds zugeordnet werden können. Unter Fahnen der russischen Föderation sowie der ehemaligen Sowjetunion sollte formal dem „Tag des Sieges“ über den Nationalsozialismus gedacht werden. Im Publikum befanden sich nicht nur bereits bekannten Personen wie Michael Kurth, Eugen Walter und Muntasir bi-llah, bzw. Bernhard Falk: Zahlreiche weitere - teilweise in sowjetische Uniformen gekleidete Personen - lauschten den verschiedenen Reden auf dem Lautsprecherwagen des Organisationszusammenhangs „Aufbruch, Frieden, Souveränität, Gerechtigkeit“. Auf einem Transparent hinter der Bühne stand in martialischem Design: „Feuer des Sieges 1941-1945“. Medienberichten zufolge musste ein „Z“-Symbol auf einem T-Shirt nach Anordnung der Polizei verdeckt werden. Kolbasnikova moderierte die - größtenteils auf Russisch - gehaltenen Redebeiträge der Kundgebung. Auch ihr Partner Max Schlund kam zu Wort. Deutsche Redebeiträge wurden von Markus Beisicht, Andrej Poggenburg und Wjatscheslaw Seewald verlesen. Beisicht hatte sich demonstrativ ein St.Georgs-Band ans Sakko gehängt und forderte in seinem Beitrag den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Deutschland. Die Rede Andrej Poggenburgs zielte in dieselbe Richtung: Ihm zufolge würden die Amerikaner*innen das „deutsche Volk aufhetzen gegen das russische Volk“. Es bedürfe einer „friedensbewegten Querfront“ - daher habe sich nun die Bewegung „Aufbruch, Frieden, Souveränität, Gerechtigkeit“ gegründet. Ihr Kernanliegen sei der Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland sowie die „Freundschaft mit Russland“.

Tatsächlich wurde am 7. Mai 2023 auf der Facebook-Seite von Markus Beisicht bekannt gegeben, dass eine „Querfrontfriedensbewegung“ namens „Aufbruch, Frieden, Souveränität, Gerechtigkeit“ in Leverkusen am Tag zuvor einen neuen Bundesvorstand gewählt habe. Der „Querfront“-Begriff ist hierzulande vor allem mit

extrem rechten Gruppierungen und Einzelpersonen aus der Weimarer Zeit verbunden: Kreise um Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck propagierten schon damals ein „Querfront“-Bündnis rechter und linker Kräfte gegen den ersten, deutschen Demokratieversuch. Noch vor einigen Jahren hatte sich die seit langem aktiven extrem rechten Akteure dem Antikommunismus verpflichtet gefühlt. Dass sie nun am 6. Mai unter Sowjet-Fahnen auftraten, spricht nicht für einen politischen Sinneswandel, sondern ist Ausdruck der von ihm propagierten „Querfrontpolitik“.

Wjatscheslaw Seewalds Rede enthielt einige bemerkenswerte - nur als „demagogisch“ zu bezeichnende - Inhalte. So sagte er wörtlich mit Blick auf die NS-Zeit: „Deutschland wurde damals missbraucht, ja, wie heute die Ukraine, gegen Russland: Von den gleichen Kräften, von den gleichen Drahtziehern [...]. Ukraine ist nach wie vor besetzt, wie damals auch dann Deutschland besetzt wurde und deswegen findet auch in der Ukraine [...] kein Angriffskrieg von Russland, sondern [...] eine Befreiungsoperation von dem Faschismus, ja und von dem Nazismus“ [sic!] [statt - Ergänzung Verfasser*in]. Sowohl der nationalsozialistische Vernichtungskrieg als auch der heutige Krieg in der Ukraine werden hier verquer und antisemitisch erklärt mit Machenschaften geheimer Kräfte, welche als „Drahtzieher“ im Hintergrund agieren würden. Neben einer weiteren, milieutypischen NS-Relativierung findet hier auch eine dezidierte Umdeutung des aktuellen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine statt: Weil in der Ukraine „Nazis“ an der Macht seien, müsse diese nun durch Russland „befreit“ werden. Eine ähnliche Äußerung Kolbasnikovas im Jahre 2022 hatte ihr ein Gerichtsverfahren wegen der Billigung von Straftaten eingebracht, wofür sie am 7. Juni 2023 vom Amtsgericht Köln zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig (Zeitpunkt Redaktionsschluss).

Weiter sagte Seewald in seiner Rede bezogen auf die aktuelle deutsche Gesellschaft: „Aber das entscheidende ist: Die Nazis sitzen in den Ämtern. Die sitzen in den Behörden und darum möchte ich euch aufrufen: Geht wählen. [...] Wählt die „AfD“ und andere Patrioten.“

Nach den Redebeiträgen formierte sich gegen 14 Uhr ein Autokorso, der mit 79 Autos startete und schließlich an der Deutzer Werft in Köln ankam. Von dort aus lief ein Demonstrationszug mit etwa 200 Personen über die Deutzer Brücke in Richtung Innenstadt. Das Fronttransparent bestand aus demselben Motiv wie zuvor am Lautsprecherwagen in Leverkusen: Neben dem „Aufbruch“-Logo prangten darauf die Forderungen „Gegen transatlantische Fremdbestimmung und Besetzung. Für Ausgleich mit Russland und Frieden in Europa. Frieden. Souveränität. Gerechtigkeit.“ Sprechchöre unterblieben weitgehend, stattdessen beschränkte sich die Demoleitung auf das Abspielen sowjetischer Lieder. Zwischenzeitlich wurde das Partisanenlied „Katjuscha“ angestimmt. Die Demonstrationsteilnehmer*innen führten neben diversen Fahnen auch Blumensträuße, St. Georgs-Bänder sowie Porträts von sowjetischen Soldat*innen aus dem Zweiten Weltkrieg mit. Eine Person trug eine Mütze mit dem Totenkopf-Logo der „Gruppe Wagner“. Seewald hielt ein Porträt Stalins in Händen. Am Heumarkt wurde der Demonstrationsszug von pro-ukrainischen Gegenprotesten

empfangen. Zwischenzeitlich einsetzender Regen führte dazu, dass der Aufmarsch beim Eintreffen in der Nähe des EL-DE-Hauses nur noch aus etwa 90 Personen bestand. Aus der Menge wurde „Rossija“ skandiert, was jedoch im Lärm des Gegenprotests unterging. Die erheblich verkleinerte Demonstration lief dann zurück zur Deutzer Werft, wo die Versammlung gegen 18 Uhr beendet wurde.

Kolbasnikova und ihre Mitstreiter*innen nutzen die Geschichte des Zweiten Weltkrieges nach wie vor in durchweg ahistorischer Weise als ideologisches Deutungsraaster für den gegenwärtigen Konflikt zwischen dem geopolitischen „Westen“ und der russischen Föderation. Dabei artikuliert sich zugleich eine implizite, relativierende Gleichsetzung von Faschismus, Nationalsozialismus und aktueller „westlicher“ Politik. Historische Erinnerung wird aus dem neu gegründeten Querfrontzusammenhang „Aufbruch, Frieden, Souveränität, Gerechtigkeit“ zur Legitimation zeitgenössischer, russischer Außenpolitik instrumentalisiert. (ps/kg)

Rassistischer und antifeministischer Frauenkongress

Am 13. Mai führte die extrem rechte Fraueninitiative Lukreta einen sogenannten „internationalen Frauenkongress“ durch, organisiert von Irmhild Boßdorf (AfD Rhein Sieg Kreis). Eingeladen hatte offiziell die nationalistische Fraktion im EU-Parlament „Identität und Demokratie“. Im Rheinhessen Zentrum in Mainz trafen Vertreter*innen von Lukreta auf Politiker*innen nicht nur der AfD, sondern auch aus rechtspopulistischen, na-

tionalistischen und extrem rechten Parteien aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und Belgien. Auch das französische Pendant zu Lukreta, „Collectiv Nemesis“ war bei der extrem rechten Vernetzung anwesend. Wie auch Lukreta versucht Collectiv Nemesis feministische Kämpfe zu delegitimieren und Femizide und patriarchale Gewalt für ihr rassistisches Agenda-Setting auszuschlachten. (dp)

„Rheinlandbande“ zeigt sich aktiv

Die recht neue Neonazi-Gruppierung „Rheinlandbande“, hinter der sich eine Ortsgruppe der Jungen Nationalisten (Jugendorganisation der NPD) verbirgt, sucht neue Mitglieder. So möchte sie z.B. im Juli mit einer Schiffahrt auf dem Rhein in Köln Interessierte rekrutieren, ein Vorhaben das hoffentlich nicht unbeachtet bleibt von der Kölner Zivilgesellschaft. Auch hat die Nazigruppierung alle ihre bisherigen Postings auf Instagram gelöscht und zwei neue hochgeladen. Im ersten posieren drei junge Männer mit einem Plakat mit der Aufschrift „Wir suchen Dich!“, darunter auch ein Neonazi aus Solingen,

der zuletzt am 29. Mai am Rande der Gedenkundgebung für die Opfer des Brandanschlags in Solingen durch Provokationen aufgefallen ist. Der zweite Post ist ein pathetisches und ziemlich schlecht produziertes Video, in dem sich die Gruppe als „Der Weg nach vorne“ bezeichnet. Ob sie mit dieser optimistischen Selbsteinschätzung recht behalten werden, darf bezweifelt werden. Die „Rheinlandbande“ hatte angekündigt zum CSD in Siegburg Präsenz zeigen zu wollen; auf den ersten Blick waren jedoch für Besuchende keine Aktivitäten wahrnehmbar. (dp)

Neuaustrichtung der neonazistischen NPD

Wie auch von uns bereits gemeldet, befindet sich die älteste extrem rechte Partei Deutschlands, die neonazistische NPD, seit einiger Zeit in einem massiven Wandel. Grund dafür ist die zunehmende Bedeutungslosigkeit der Partei. In NRW haben sich schon um den Jahreswechsel herum Kreisverbände der ebenfalls schwächelnden neonazistischen Partei DIE RECHTE mit der NPD vereinigt – bedeutsam vor allem der aktive Ortsverband Dortmund, der seitdem unter dem neuen Label „Heimat Dortmund“ agiert. Der ebenfalls ziemlich aktive Kreisverband Rhein Erft rund um Markus Walter hatte sich schon davor formal aufgelöst – Walter ist aber ebenfalls ein häufiger Gast in Dortmund.

Am 13. Mai fand im hessischen Aldenstadt der 3. Netzwerktag der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ statt, dort nahm auch die Neonazi-Aktivistin Melanie Dittmer aus dem RB Köln teil. Eine Podiumsdiskussion nahm sich das Spannungsfeld zwischen „Moderne“ und „Tradition“ zum Thema, geladen waren mehrere eher aus der „Neuen Rechten“ und Identitären Bewegung

stammende Teilnehmer wie die neonazistischen Rapper Kai Naggert und Silas Wehren. An der IB und ihren Folgeorganisationen orientiert sich auch das Auftreten der Jungen Nationalisten, der NPD-Jugendorganisation wie derzeit am Beispiel der „Rheinlandbande“ zu sehen ist, der lokalen JN-Gruppe in Hennef.

Am 3. Juni nun erfolgte auf einem Parteitag im sächsischen Riesa die, letztes Jahr noch gescheiterte, Umbenennung der NPD in „Die Heimat“. Am 4. Juni wurden die Listenplätze für die Europawahl 2024 bestimmt, bei der „Die Heimat“ antreten möchte. Mit dabei ist Ariane Meise aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Mit der Umbenennung einher geht auch eine programmatische Neuaustrichtung. Ziel sei es, zu einem zentralen Netzwerkakteur und „regionalen Motor von Bürgerprotesten“ zu werden – also weniger Parteiarbeit zu machen und mehr am Aufbau und der Einigung einer faschistischen Bewegung zu arbeiten, ähnlich wie sich das z.B. auch über die „Junge Alternative“ und Teile der AfD behaupten lässt. (dp)

Rechtseoterischer Geschichtsrevisionismus

Deutschlandweit konnte in den letzten Jahren und vor allem seit dem Auftreten der Coronapandemie beobachtet werden, wie viele politische Standpunkte, Ideologiefragmente und Glaubenssätze der extremen Rechten von einem, vor allem durch AfD-bestimmte mediale Diskurse und Verschwörungserzählungen radikalisierten bürgerlichen Milieu übernommen wurden, das sich selbst nicht als rechts versteht. Trotz aller Bemühungen ist es der militanten Neonazi-Szene nur sehr vereinzelt gelungen, an diese Bewegung anzudocken. Alles in allem schwächeln militante rechte Bewegungen – ganz im Gegensatz zur AfD und ihren Vorfeldorganisationen und zu verschwörungsideologischen Milieus aus Reichsbürger*innen, selbsternannten Querdenker*innen und rechten Esoteriker*innen. Wie nicht nur die AfD, sondern auch letztgenannte Mischszenen den neonazistischen Strukturen erfolgreich das Wasser abgraben und die teils identischen Inhalte neu verpackt einem breiteren und diverseren Publikum schmackhaft machen, zeigt exemplarisch eine aktuelle Veranstaltung in Remagen und im Ahrtal. Nachdem im letzten Jahr erstmals seit vielen Jahren der neonazistische Gedenkmarsch, an die in den alliierten Rheinwiesen-Lagern gestorbenen deutschen Kriegsgefangenen, wegen

mangelnder Beteiligung ausgefallen war, wird das Thema inzwischen vom verschwörungsideologischen, rechts-esoterischen Milieu bespielt. Schon im letzten Jahr fand die mehrtägige völkisch-esoterische Veranstaltung „Walk am Rhein“ u.a. auch in Köln statt. Aus derselben Szene rund um den Verschwörungsideologen William Toel wurde auch dieses Jahr ein „Rheinwiesenlagertreffen“ vom 10. bis zum 12. Mai beworben und mit etwa 50 Teilnehmenden durchgeführt. (s. dazu den Bericht der „Antifaschistische Recherche Oberberg“ unter: <https://aroberberg.wordpress.com/2023/05/15/nachtrag-holocaustleugner-verschwörungsideologen-revisionisten-und-esoteriker-beim-rheinwiesenlagertreffen>)

Die Organisator*innen und Aktivist*innen entstammen einem eher bürgerlichen Milieu, bewegen sich überwiegend in verschwörungsideologischen und in rechtseoterischen Kreisen und benutzen einen von der Coaching- und Heiler*innenszene geprägten Jargon. Extrem rechte Haltungen, völkisches Denken, Antisemitismus und die Leugnung der Shoah werden mit schamanischen Ritualen, abstrusen Verschwörungsmärchen und hippiesken New-Age Kreistänzen verknüpft, wie die „Antifaschistische Recherche

Oberberg“ berichtet und an zahlreichen Beispielen deutlich aufzeigt. Der „klassische“ Neonazi hat in der sich selbst als „bürgerlicher Mitte“ verstehenden Mehrheitsgesellschaft zu Recht ein schlechtes Image und wird auch von den meisten politischen Entscheidungsträger*innen als Gefahr für Demokratie und die pluralistische Gesellschaft wahrgenommen. Aber weitaus schwerer tun sich Medien, Politik, Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft - inklusive vieler antifaschistischer Gruppen – derzeit mit der Einordnung dieser verschwörungsideologischen Milieus. Zu oberflächlich ist die Beschäftigung mit extrem rechter Ideologie, zu sehr verharren Medien und Behörden auf einem längst veralteten Bild wie ein „Rechter“ auszusehen und zu reden habe, zu sehr prägt eine Extremismustheorie die medialen Diskurse, die menschenfeindliche Einstellungen abseits der sogenannten „Extremen“ ignoriert. Diese Einstellungen sind jedoch nicht weniger gefährlich, wenn sie in der sogenannten „Mitte“ auftreten, eher im Gegenteil. Nicht nur zahlreiche Straf- und Gewalttaten bis hin zum

Mord (Idar-Oberstein) aus den Reihen des verschwörungsideologisch radikalisierten Bürgertums im Zuge der Corona-Pandemie, sondern auch die Aufdeckung verschiedener rechtsterroristischer Bestrebungen aus der Reichsbürger*innen und Pandemielegner*innen-Szene zeigen die konkrete Gefahr. Und nicht zuletzt finden Antisemitismus, völkisches Denken, Geschichtsrevisionismus, Antifeminismus, esoterische Wissenschaftsfeindlichkeit und weitere Fragmente extrem rechter Ideologie durch die sich selbst als „liebevolle Herzmenschen“ verstehenden, antiaufklärerischen Mischszenen eine immense Verbreitung, die weit über die Zielgruppen klassischer Neonazi-Propaganda hinausgeht. Neonazistische, extrem rechte Standpunkte werden so salonfähiger. Davon profitieren dann auch wieder die „klassischen“ militanten Neonazis, wie sich z.B. an den YouTube-Erfolgen des Dortmunder Gewalttäters Steven Feldmann zeigen lässt. Diese Entwicklung ist erschreckend und bedroht nachhaltig unsere Demokratie und das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben in einer pluralistischen Einwanderungsgesellschaft. (dp)

Vor-Ort-Texte aktualisiert

Die MBR Köln hat die Hintergrund-Texte in der Rubrik „Vor Ort“ für alle Kreis und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Köln aktualisiert. Die Informationen entsprechen dem Sachstand von Anfang April 2023.

Unter „Vor Ort“ informiert die Mobile Beratung über extrem rechte Gruppen und deren Aktivität

ten in den jeweiligen Regionen des Regierungsbezirks. Außerdem finden Sie hier in Kürze Kontaktmöglichkeiten zu ausgewählten zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Hier geht es zur Rubrik „Vor Ort“:
<https://www.mbr-koeln.de/dokumentation>

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Screenshot (u.)
- S. 3: Birgit Kloppenburg (o.), Screenshot (M.), NS-DOK (u.)
- S. 4: NS-DOK (o.), Mark Mühlhaus (M.)
- S. 5: Polina Kluss (u.)
- S. 7: Daniel Vymyslicky
- S. 8: RIAS NRW
- S. 9: OBR/bakc up
- S.12: FragDenStaat (o.), BfDT (u.)
- S. 13: Multikulturelles Forum (o.), Georg Bungarten (u.)
- S. 14: Land NRW / Mark Hermenau
- S. 15: metropol
- S. 16: Springer VS

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 19.06.2023

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.



Stadt Köln